

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/195

Bonn, den 12. Oktober 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1

Washington - Moskau

46

Auf dem Wege zur Annäherung

2 - 3

Kulturarbeit im Ausland (II und Schluß)

96

Eindrücke und Erfahrungen

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

4

Der Drang zur EWG

42

Überwindung der Wirtschaftsblöcke - eine europäische Aufgabe

+ + +

SELBSTBESTIMMUNG UND HINGLIEDERUNG bringt heute:

Sonderleistungen der Bundesrepublik in Rechnung stellen

Wenn Regierung und Presse in Polen es wollen...

"Ohne Rechtsidee bleibt nur das Chaos"

Durch Kontakte nicht die Freiheit opfern

Verbesserungen erst ab 1972

Einrichtungshilfe ausschöpfen

Ein Schlesier in Jerusalem

+ + +

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Baunscheidtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 21901/318 • Redaktion 21831/32 • Telex: 8866880

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Washington - Moskau

Auf dem Wege zur Annäherung

sp - Die Annäherung Washington - Moskau nimmt konkreten Gehalt an. Der Abschluss eines Abkommens über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein. Hier stehen die beiden Supermächte auf dem tragfähigen Boden gemeinsamer Interessen. Ihnen ist daran gelegen, nicht eine Entwicklung zuzulassen, die dem kontrollierenden Einfluss Washingtons und Moskaus entgleitet. Das wäre der Fall, würden die beiden Mächte tatenlos der Weiterverbreitung von Atomwaffen zusehen. Schon heute reicht das bestehende Atomwaffenarsenal aus, jedes Leben auf der Erde auszulöschen. Schon oft wurden Großmächte wider ihren Willen in Kriege verstrickt, die von kleinen Mächten ausgingen. Das war im Ersten Weltkrieg der Fall. Künftige Sarajewo-Situationen bergen die Gefahr der Weltvernichtung in sich.

Diesen erregenden Aspekt hatte wohl der amerikanische Präsident Johnson im Auge, als er in seiner letzten Rede die Sowjetunion an die gemeinsame Verantwortung für die Sicherung des Weltfriedens erinnerte und das Bemühen in den Vordergrund stellte, nach weiten Gebieten gemeinsamer Übereinkunft zu suchen. Diese Rede bedeutet zwar keinen Wendepunkt in der amerikanischen Aussenpolitik, wohl aber bekräftigt sie den Willen der USA, auf der Suche nach Organisierung des Friedens bisher gültige Tabus aufzugeben. Da sind noch weite Wegstrecken zurückzulegen. Nur aus der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion kann der Weltfriede entstehen. Er wird nicht schnell und plötzlich kommen. Seine Friedensstrategie hat Johnson in einer früheren Rede, die bezeichnenderweise vor der USA-Reise Ernards gehalten wurde, mit folgenden Worten umrissen:

- * "Aus einem einzelnen Abkommen oder aus einer einzelnen Konferenz
- * wird sich nicht in dramatischer Weise der Friede ergeben. Er wird
- * durch einen kleinen, vielleicht unmerklichen Fortschritt nach dem
- * anderen gefördert werden, bei dem weder der Stolz noch das Prestige
- * einer Großmacht für wichtiger gehalten wird als das Schicksal
- * der Welt. Er wird durch das allmähliche Wachsen gemeinsamer Inter-
- * ressen, durch das vermehrte Bewusstwerden sich verlagernder Ge-
- * fahren und Richtungen und durch die Entwicklung von Vertrauen
- * erreicht".

Der deutschen Politik kann die sich anbahnende Veränderung des Ost-West-Verhältnisses nicht gleichgültig sein, werden doch dabei auch deutsche Lebensinteressen berührt. Aber ist Bonn darauf vorbereitet, konzentriert es seine Energien auf die Beeinflussung dieses Prozesses? Schon der Gedanke, auch von deutscher Seite Pläne für eine friedensvertragsähnliche Regelung zu entwerfen, löst bei gewissen CDU-Politikern Schaudern aus. Wie kläglich war doch das offizielle Echo auf die letzte Johnson-Rede; der Bundeskanzler reagierte mit von Zweifeln durchsetzten Vorbehalten. Versteht er nicht die Zeichen der Zeit?

Kulturarbeit im Ausland (II und Schluß)

Eindrücke und Erfahrungen

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

Fragen der Arbeitskontinuität und der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Auftragsorganisationen gehören zu den wichtigsten und kritischsten Problemen unserer Kulturarbeit in der dritten Welt. Viele der befähigsten Leiter von Goetheinstituten sind beurlaubte Beamte aus den Länderschuldiendiensten, denen im Falle einer Nichtverlängerung ihrer Beurlaubung ein Verbleiben beim Goetheinstitut und damit das Ausscheiden aus dem Schuldienst, nicht zugemutet werden kann wenn die Aufstiegsstellen und Möglichkeiten nicht bald denen vergleichbarer Institutionen angepaßt werden.

Die Dauer des Wirkens an unseren kulturellen Einrichtungen im Ausland ist aber im Bereich des DAAD noch wesentlich kritischer als beim Goetheinstitut. Die Regel ist, daß Unternehmungslustige junge Studienassessoren vom DAAD angeheuert und ohne jede weitere Vorbereitung auf ihre Aufgabe mit einem Zweijahresvertrag als Lektor an eine Universität in Asien, Lateinamerika oder Afrika entsandt werden. Wenn es den Assessorangefällt, können sie sich noch auf weitere zwei Jahre verpflichten, dann werden sie, damit "sie sich nicht ihrer beruflichen Laufbahn entfremden" wieder nach Hause beordert.

Der Erfolg dieses einfallslosen Systems kann nur bescheiden sein und ist es auch, wenn man das Erreichte an dem Möglichen mißt. Daß unsere Lektoren in Einzelfällen an den asiatischen Universitäten so gut Fuß fassen konnten und die Abteilungen für Deutsch gelegentlich zu mehr als Zählabteilungen für die Fremdsprachenfakultäten der jeweiligen Universitäten machen konnten, ist eine hochachtbare Pionierleistung, vor allem weil der DAAD öfters die zeitgerechte Neubesetzung der Lektorstellen nicht sicherzustellen vermag, so daß so mancher Lektor mit der Aufbauarbeit wieder von vorne anfangen muß.

Fehlende Zusammenarbeit mit den Länderkultusministern

Genessen an der Aufgabe und den Möglichkeiten ist die Tätigkeit des DAAD auf diesem Sektor unbefriedigend. Der Deutschunterricht an asiatischen Universitäten könnte längst eine ganz andere qualitative und quantitative Dimension mit allen kulturpolitischen Folgen erreicht haben, wenn die Entsendung von Lektoren beim DAAD nicht zu einer müden Routineangelegenheit abgesunken wäre und wenn auf diesem Gebiet endlich wirklich so etwas wie organische Zusammenarbeit des DAAD mit den Länderkultusministern erreicht werden könnte. Allein in den vier von der Delegation besuchten Ländern Pakistan, Afghanistan, Iran und Indien könnten sofort etwa die zehnfache Zahl der augenblicklich tätigen Lektoren an den Universitäten untergebracht werden, einschließlich einer Anzahl von Professoren zur Besetzung germanistischer Lehrstühle und deutscher Wissenschaftler aus anderen Fakultäten. Was nützen da schöne Bonner Erklärungen über die wachsende Bedeutung der deutschen Kulturarbeit im Ausland, wenn keine einzige Stelle der Bundesregierung, vom Außenminister ganz zu schweigen, es unternimmt, den Länderministerpräsidenten, den Kultusministern und den Landesuniversitäten klar zu machen, daß im Interesse der deutschen Außenpolitik das Kontingent an Lektoren, Assistenten und Hochschullehrern für die Erfüllung von Aufgaben im Ausland vervielfältigt werden muß. Im übrigen bedarf es für die Anwerbung von frischgebackenen Studienassessoren keiner Mammutor-

ganisation wie des DAAD, der sonst auf anderen Gebieten recht gute Arbeit leistet. Dieser ganze Komplex wäre dann wesentlich besser und effektvoller beim mit ähnlichen Aufgaben befaßten Goetheinstitut aufgehoben, bei dem zudem ein wesentlich erfreulicheres Betriebsklima herrscht und bei dem es dann auch bessere Fortkommensmöglichkeiten gäbe.

Es kommt hinzu, daß selbst in Ländern, in denen der DAAD Außenstellen hat, wie in Indien, diese mit der Studienberatung so beschäftigt sind, (die in anderen Ländern wiederum durch das Goetheinstitut erfolgt) daß sie keine Zeit haben, um sich um die nicht unbeträchtliche Menge junger deutscher Wissenschaftler zu kümmern, die aus fachlichem Interesse teils mit amerikanischen Zuwendungen teils mit der bescheidenen Unterstützung einheimischer Universitäten in diesen Ländern herunkretsen. Sie würden ihren Status oft gerne und für die Bundesrepublik fruchtbarer mit einem vom DAAD bezuschußten Lehrauftrag an einer einheimischen Universität vertauschen. Es erweist sich immer wieder, daß vom AA behauptete Unwilligkeit deutscher Wissenschaftler, ins Ausland zu gehen, zum Teil ein Märchen ist. Es mangelt an Findigkeit, der Bereitschaft, auf Talentsuche zu gehen. Gelegentlich fehlt es den Verantwortlichen im Auswärtigen Amt auch an Weitblick. Die große deutsche Islamistin Professor Annemarie Schimmel folgt einem Ruf, für fünf Jahre an die Harvarduniversität zu gehen, wo sie ein eigenes Institut bekommt, weil in der Bundesrepublik keine rechte Verwendung für eine Frau zu finden ist, deren Bedeutung für unsere Beziehungen zum Mittleren Osten auf lange Sicht schwerer wiegt als eine Kompanie Karrierebeamter.

Fama und Wirklichkeit

Wenn man auf diese wunden Punkte hinweist, flüchtet man im AA flugs in das Zahlenspiel über den Aufbau des deutschen Auslandsschulwesens. Auch hier war auf der Delegationsreise die Möglichkeit geboten, Fama und Wirklichkeit unter die Lupe zu nehmen. Nichts gegen die deutschen Schulen, wie man sie in allen Haupt- und Hafenstädten und Zentren der Industrie in Asien findet, und die der wichtigen Aufgabe der Beschulung der Kinder deutscher Beamter, Experten und vornehmlich der Angestellten und Vertreter deutscher Firmen dienen. Diese Schulen sind im Interesse unserer Exportwirtschaft und der Vertiefung unserer Handelsbeziehungen wichtig. Aber selbst dann, wenn sie von einer größeren Anzahl von Kindern des Gastlandes besucht werden, deren Mütter meistens aus Deutschland stammen, haben sie mit Kulturaustausch so gut wie nichts zu tun - ihre Abschluszeugnisse werden übrigens von den Gastländern nicht anerkannt, was eine Voraussetzung für die ihnen soeben aberkannte Funktion wäre. Diese Schulen wie das ständig vom AA geschieht, mit für den Kulturaustausch bedeutsamen Schulen, wie etwa die Medjatschule in Kabul in einen Topf zu werfen, ist Augenwischerei. Und was die zuletzt genannte Anstalt betrifft, so drückt sich die Bundesrepublik seit Jahren um ihre eingegangene Verpflichtung, dieser provisorisch untergebrachten und aus allen Nähten platzenden Anstalt ein neues Haus zu errichten, was selbst in dem freundlich gesonnenen Afghanistan Befremden erregt.

Der Drang zur EWG

Überwindung der Wirtschaftsblocke - eine europäische Aufgabe

sp - Der dänische Staatsminister Jens Otto Krag hat vor der beratenden Versammlung des Europa-Rats in Straßburg eine gemeinsame Initiative Dänemarks, Norwegens und Schwedens in der Frage des Gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsmarktes angeregt. Sie läuft letztlich als große Lösung auf einen Eintritt der Skandinavier in die EWG hinaus, auch wenn England nicht oder noch nicht dazu bereit ist.

Es ist zu begrüßen, dass ein europäischer Regierungschef wiederum für einen gemeinsamen europäischen Wirtschaftsblock plädiert hat. Aber um das zu erreichen sind leider noch weitere Initiativen notwendig. Sonst wird Europa ständig weiter in zwei separate Wirtschaftsblocke zerfallen. Zweifellos erhält die Initiative von Krag mehr Gewicht, wenn die Skandinavier gemeinsam darauf drängen.

Aber schon an diesem Punkt hapert es, und zwar aus verständlichen Gründen. Schweden kann nicht ohne weiteres von der Efta zur EWG überlaufen, es sei denn, es ist bereit, die Solidarität gegenüber Finnland aufzugeben. Die vertraglichen Russland verpflichteten Finnen konnten sich zwar mit der Efta assoziieren. Es sind aber spezielle weitere Verhandlungen zwischen Helsinki und Moskau notwendig, wenn Finnland den Schritt der Skandinavier in Richtung EWG mitmachen will. Diese Dinge müssen zunächst geklärt werden, ehe Schweden sich entscheidet.

Die Norweger stehen nicht so stark unter dem handelspolitischen Druck wie Dänemark, in die EWG überzuschwenken. Die traditionellen Handelsströme Norwegens gehen nach England. Norwegen ist das skandinavische Land mit der stärksten angelsächsischen Orientierung.

Zusammenfassend ist der Stand der Dinge aus skandinavischer Sicht einfach so, man könnte gemeinsam in die EWG gehen, wenn England sich zu diesem Schritt vorweg entschliesst und wenn die finnischen Sondierungsgespräche mit Moskau erfolgreich verlaufen sind.

In dieser Phase können durchaus Initiativen der Bundesrepublik weiter helfen. Der Labour-Politiker Gordon Walker gab vor dem Europarat zu verstehen, Großbritannien könne sich möglicherweise noch in dieser Legislaturperiode entschliessen, EWG-Anschluss zu suchen. Man sollte Großbritannien auch von der Bundesrepublik diesen Weg ebnen helfen.

Zwischen Bundeskanzler Erhard und Staatspräsident de Gaulle stehen Besprechungen bevor. Es wird dabei notwendig sein, de Gaulle davon zu überzeugen, dass der Eintritt Englands und dann folgend zunächst der Skandinavier in die EWG ein vorrangiges europäisches Problem ist. Die EWG kann als europäische Lösung der grosse Wirtschaftsraum werden. Möglicherweise wird man das Tempo des Zusammenwachsens etwas reduzieren müssen, um England den Beitritt zu ermöglichen und letztlich auch um nicht die Finnen draussen vor zu lassen.